

## **Zahlbare Wohnungen statt Immobilienspekulation**

Marcel Budmiger, Kantonsrat SP

Die Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» will diesen Problemen entgegentreten. Dabei setzt sie stark auf die Wirkung der gemeinnützigen Wohnbauträger und dies nicht ohne Grund. Von Altishofen über Buttisholz, Ebikon, Langnau, Schwarzenberg oder Udligenswil bis nach Wolhusen finden sich Wohnbaugenossenschaften über den ganzen Kanton verteilt und immer wieder gründen sich neue. Es gibt keinen Kanton in der Schweiz, wo sich in so vielen Gemeinden Wohnbaugenossenschaften finden, wie im Kanton Luzern.

Die Initiative setzt beim Hauptproblem der Genossenschaften an - dem fehlenden Bauland. Der Kanton soll den gemeinnützigen Wohnbauträgern geeignete Grundstücke verkaufen oder im Baurecht abgeben. Da auch einzelne Grundstücke lokal viel bewirken können, sollen die Gemeinden ein Vorkaufsrecht bei kantonalen Grundstücken erhalten, wenn sie damit den gemeinnützigen Wohnbau fördern wollen. Mit einem Wohnraumfonds werden zusätzlich preisgünstige Wohnprojekte gefördert und die Genossenschaften unterstützt. Auch kann der Kanton damit Bauland erwerben statt immer nur zu verkaufen.

Damit Luzerns Genossenschaftstradition weitergeführt werden kann und sich Familien künftig auch in den kantonalen Entwicklungsgebieten noch eine Wohnung leisten können, muss sich der Kanton jetzt stärker für zahlbares Wohnen engagieren. Bauen ist eine Generationenaufgabe. Deshalb darf man sich jetzt nicht von leicht positiven Tendenzen in der Statistik blenden lassen. In Rothenburg, wo am 4. März über die erste Gemeindeinitiative in der Geschichte abgestimmt wird – auch von der SP, auch zum Thema Wohnen – liegt die Leerwohnungsziffer unter einem halben Prozent. Am schlimmsten ist sie mit lediglich 0,06 in Horw, wo sich auch die CVP mit einer Initiative engagiert. Und der positive Trend wird wohl kaum lange anhalten, zumal die Immobilienbranche bei höheren Leerwohnungsziffern und stagnierenden Mieten nicht von einer Entspannung auf dem Mietmarkt spricht, sondern von einer Krise. Wenn die Hypothekarzinsen wieder steigen müssen die Massnahmen unserer Initiative greifen.

Und das sehen nicht nur wir so: Die erfolgreichen wohn- und bodenpolitischen Volksinitiativen in Emmen, Hochdorf, Horw, Kriens, Luzern, Rothenburg und Sursee zeigen deutlich, dass die Politik ihrem verfassungsmässigen Auftrag für geeigneten Wohnraum zu sorgen, bisher zu wenig nachkommt. Mit einem Ja zur Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» könnte sich dies ändern. Am 4. März hat die Bevölkerung die Wahl, ob der Kanton Luzern weiterhin sein Land an den meistbietenden verschern soll oder ob er endlich gegen Wohnungsnot und explodierende Mietpreise vorgehen will.